

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Probenheft: Nachrichten Dresden.  
Verleger: Commelinum 25 241.  
Für den Abnehmer: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Juli 1924 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Haus 1,20 Goldmark.  
Anzeigen-Preise: Die ersten 10 Zeilen zu 20 Pfg., die 11. bis 20. zu 15 Pfg., die 21. bis 30. zu 10 Pfg., die 31. bis 40. zu 8 Pfg., die 41. bis 50. zu 6 Pfg., die 51. bis 60. zu 5 Pfg., die 61. bis 70. zu 4 Pfg., die 71. bis 80. zu 3 Pfg., die 81. bis 90. zu 2 Pfg., die 91. bis 100. zu 1 Pfg.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marianstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Neppach & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Num. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung der „Dresdner Nachrichten“ gestattet. — Unautorisierte Entnahmen werden nicht aufbewahrt.

**Brautausstattungen**  
Einzelmöbel in allen Preislagen

62jähriges Bestehen  
Straßenbahn 5

J. A. BRUNO  
**KÖNIG**

Kamenzer Straße 27  
Telephon 22667

**Leinenhaus F. A. Horn Dresden-A.**  
Ferdinandstraße 3

Daunendecken von M. 90.— an  
Steppdecken, doppelseit. Satin, m. Wollfüllung, von M. 35.— an  
Eigene Anfertigung Große Auswahl

**Tennis-Schläger**  
-Bälle, -Netze, -Pfeifen, -Pressen etc.

Krocket - Hockey - Fußball - Sommerspiele

**B. A. Müller, Prager Straße 32**

## Die schwindende Steuerkraft der Wirtschaft.

Reichstrauer für die Opfer des Weltkrieges am 10. Jahrestage des Kriegsbeginnes.

Macdonald und Kerriol betonen die große Gefahr eines Aufschubs der Londoner Konferenz.

### Ablauf der Ricumverträge der rheinischen Metallindustrie.

Berlin, 9. Juli. Der zunehmende Druck der Steuerlichen Abgaben für Reich, Länder und Gemeinden bei abnehmender Steuerkraft der Wirtschaft ist ein Problem ernsterer Art geworden. Dem Notruf der Landwirtschaft folgen jetzt beunruhigende Nachrichten aus den Kreisen der übrigen Wirtschaft, besonders der Industrie, die schon seit Monaten in immer größerem Ausmaß sehr hohe Steuern aus der Substanz aufbringen muß. Die Golddecks der öffentlichen Körperschaften zu balancieren, führt die Wirtschaft in eine ungeheure schwere Finanzkrise. Die „Wirtschaftlichen Nachrichten aus dem Ruhrgebiet“, das amtliche Blatt der Handelskammer, bringt in einer Sonderausgabe unter dem Titel „Golddecks und Steuer 1924 für Reich, Preußen und Ruhr in verschiedenen Aufsätzen und unter Verwendung von umfangreichem statistischen Material eine eingehende Untersuchung dieser Probleme. Besonders interessant sind die Ausführungen über

#### die Lasten des Ruhrbergbaues

durch die Ricumverträge und die Steuern. Aus allen Ausführungen geht hervor, mit welchem Ernst die verantwortlichen Stellen sich jetzt mit dieser Frage beschäftigen müssen, zumal bekanntlich anlässlich der überragenden wirtschaftlichen Bedeutung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes die Steuerkraft und die dauernde Steuerliche Leistungsfähigkeit dieses Bezirks für die gesamten öffentlichen Finanzen eine besondere Bedeutung haben.

Von betrüblicher Seite wird der „Rheinisch-westfälischen Zeitung“ geschrieben: Schon heute kann gesagt werden, daß die Industrie unter keinen Umständen einer Vertragsverlängerung unter den alten Bedingungen zustimmen kann und wird.

Durch die herrschende Kreditnot ist das Maß der Verkäufe auf das alleräußerste beschränkt. Außerdem halten die Postschwierigkeiten und Abgaben auf Verkäufen des unbesetzten Deutschlands und des Auslandes davon ab, den Firmen des besetzten Gebietes Aufträge zu erteilen. Die Kohlen- und Eisenpreisermäßigung läßt die Hoffnung auf ein lebhafteres Geschäft wieder etwas steigen, aber auch ein harter Auftragsmangel wird der Industrie nur nützen, wenn die Ricum die Kontinentalisierung aufhebt. Andernfalls sind die meisten Werke gar nicht in der Lage, Aufträge heranzubolen, da bei Kontinentalisierung die Ricum den Ablauf über die Ausfuhr verweigert. Auf längere Lieferungsfrist aber sind Aufträge gar nicht zu erhalten.

#### Ein Kennzeichen unserer Wirtschaftsnote.

Berlin, 7. Juli. Die schwere Not, unter der gegenwärtig die deutsche Wirtschaft leidet, wird auch durch folgende Tatsachen beleuchtet: Bei verschiedenen großstädtischen, namentlich Berliner, Gerichten ist in den letzten Wochen eine starke Verädgerung in der Erledigung von Zahlungsbefehlen eingetreten. Die Ursache der Störung liegt in dem durch die Wirtschaftskrise bedingten plötzlichen Anschwellen der Mahnsachen. Die monatliche Zahl der beispielsweise lediglich bei einem einzigen Berliner Amtsgericht eingehenden Anträge auf Erlass von Zahlungsbefehlen haben sich durchschnittlich von 5000 plötzlich im Mai auf 22000 und im Juni sogar auf gegen 30000 erhöht. Es ist also innerhalb weniger Wochen nahezu eine Verdreifachung eingetreten.

### Forderungen des bayerischen Landbundes.

München, 9. Juli. Der bayerische Landbund wurde bei der bayerischen Staatsregierung vorläufig und hat zur Not der Landwirtschaft folgende sofort durchzuführende Maßnahmen als unerlässlich bezeichnet.

1. Sofortige allgemeine Stundung sämtlicher Steuern, sowohl der Reichs- und der Landessteuern bis Mitte November.

2. Schnellste Regelung der ungeordneten Preisverhältnisse in der Landwirtschaft. Dazu ist der Schutz der Ernte von 1924 unbedingt erforderlich. Der Schutz muß sich auf alle Erzeugungsarten, also auch auf Weizen, Dörrerbsen und den Weizenbau erstrecken. Der Ueberfluß des Inlandsmarktes mit ausländischen Lebens- und insbesondere Genußmitteln muß durch sofortige Sperremaßnahmen Einhalt geboten werden. Ferner sind alle Maßnahmen zu ergreifen, um eine sofortige Entspannung zwischen den Erzeugern und Verbrauchern herbeizuführen.

3. Sofortige Vereinfachung neuer landwirtschaftlicher Kredite, deren gewissenhafte Verteilung innerhalb der Landwirtschaft und Aufsicht über die bisher erhaltenen Kredite und deren Verwendung. Die Kredite müssen bis zum Eintritt besserer Zeiten für die Landwirtschaft verlängert werden. Die Umwandlung der Rentenbank in eine Kreditanstalt für die deutsche Landwirtschaft unter Aufsicht der Reichsbank ist dazu erforderlich.

4. Eine Erklärung der Staatsregierung, daß bei der notwendigen Gesamtsteuergesetzgebung die Leistungsfähigkeit des Betriebes die Grundlage der Besteuerung bildet. Die jetzt unerträgliche Steuerbelastung sei der Tod der Landwirtschaft.

### Der Schutzollgesetzentwurf.

#### Verträge und Bedingungen des „Vorwärts“!

Berlin, 9. Juli. Der „Vorwärts“ veröffentlicht heute eine Mitteilung, daß ein Schutzollgesetz bereits ausgearbeitet wäre und daß dazu nähere Einzelheiten an. Wie jedoch von amtlicher Seite mitgeteilt wird, ist es lediglich zutreffend, daß ein Schutzollgesetzentwurf, wie ihn in der Reichsernährungsminister in seiner letzten Rede vor dem Reichstag bereits verkündete, zurzeit ausgearbeitet wird.

### Der Kampf um die Präsidentschaft in Amerika.

Langsam, allzulänglich für unsere zusammengebrochene und die gefährte ganze europäische Wirtschaft, vollzieht sich in dem großen amerikanischen Reich, das die finanziellen Reserven aller übrigen Wirtschaftsmächte an sich geriffen hat, jener Umstellungsprozess, der die Vereinigten Staaten wieder auf eine Beteiligung an der europäischen Politik hinweist. Wächst in Amerika die Erkenntnis, daß es sich auch Amerika nicht leisten kann, die Verbindung der weltwirtschaftlichen Interessen außeracht zu lassen, sondern daß eine Einflußnahme auf die Geschicke Europas für die neue Welt ebenso bedeutsam und notwendig ist wie für die alte. Man kann gewiß eine stattliche Reihe von Vorbehalten machen, kann auf die Rücksichtslosigkeit der Durchsetzung der amerikanischen Hochfinanz und darauf hinweisen, daß Amerika ganz gewiß den europäischen Ländern niemals etwas schenken wird, aber man wird auch trotz allem nicht verkennen dürfen, daß in dieser politischen Wendung Amerikas ein Fortschritt für Europa und auch für Deutschland liegt. Dieser Fortschritt würde sich sowohl in der Frage amerikanischer Anleihen, die für Europa eine Lebensfrage sind, wie auch politisch in der Stärkung des Schiedsgerichtsgebändens auswirken, den die amerikanische Regierung eifrig verfolgt und auf den ganz besonders das wehrlos den politischen Vernichtungsplänen seiner mächtigen Gegner preisgegebene Deutschland angewiesen ist. Bezeichnend für die beginnende Wendung in Amerika ist, daß es heute dort keine große politische Gruppe mehr gibt, die noch mit dem einstigen Schlußruf der Republikaner gegen Wilson „Los von Europa!“ rufen zu können glaubt. Coolidge und die Republikaner, die noch vor vier Jahren den Ruf nicht laut genug verkünden konnten, sind es heute, die den Vorkämpfer in London Kellogg mit dem offiziellen Auftrag auf die Junkkonferenz in London schickten, „über die Interessen der Vereinigten Staaten beruhende Fragen zu verhandeln und seine Regierung über alles andere auf dem laufenden zu halten“. Der Fortschritt gegenüber der bisherigen Haltung liegt auf der Hand. Es ist auch gewiß kein Zufall, daß sich der Staatssekretär Hughes und der Sachverständige Owen Young gerade zur Zeit der Konferenz „privatim“ in London aufhalten werden. Dabei sind aber die Republikaner die Partei, die diese Wendung am vornehmlichsten und ägerndsten vollzieht. Ihre Gegner im Präsidentschaftskampf gehen wie die Demokraten noch eine Runde weiter, indem sie eine aktive Völkerverbundspolitik fordern, während der neueste Rivale der bisher dominierenden beiden Parteien, der Senator La Follette sogar feste internationale Abrahmungsverträge und die Revision des Versailler Vertrages auf seine Fahne schreibt.

Man kann diese große Wende in der amerikanischen Außenpolitik, die uns allein interessiert, aus dem Wirrwarr parteipolitischen und persönlich-egoistischer Streitereien herauskühlen, ohne zu übersehen, daß noch weniger als in anderen Ländern die Außenpolitik für die Wahlen in Amerika ausschlaggebend ist. Es sind Fragenfragen, sind soziale und wirtschaftliche Fragen, die bei der im November bevorstehenden Präsidentschaftswahl den Ausschlag geben, daneben natürlich auch Rücksichten auf die Persönlichkeit. Die republikanische Partei, der die Mehrzahl aller bisherigen Präsidentsen Amerikas angehört haben, hat auf ihrem Konvent in Cleveland mit überwältigender Mehrheit Coolidge wieder zum Kandidaten nominiert, der sich durch seine bisherige Tätigkeit als eine starke politische Persönlichkeit gezeigt hat und der durch den so viele markante Entscheidungen seiner Partei berührenden großen Skandal nicht befeht wurde. Er ist zwar nicht populär im Sinne mancher früheren Präsidentsen, da man sein strenges Puritanertum nicht liebt, aber man hofft doch mit ihm das Rennen zu machen, weil sein Name immerhin der mächtigste der Partei ist. Als Vizepräsidenten, dessen Amt wegen seiner politischen Bedeutungslosigkeit wenig beachtet ist, hat man im letzten Augenblick den „Sachverständigen“, General Dawes, angenommen, dessen Auffassung zu gleich das langfristige außenpolitische Programm der Republikaner andeutet. Aber er tritt mit Recht den breiten Massen als Ervoment der Morgengruppe des Großkapitals, der nur dadurch, daß er in dem Dawes-Gutachten den amerikanischen Namen zum Mittelpunkt der europäischen Politik gemacht und damit der amerikanischen Stillezeit ebenfalls geschmeichelt hat, eine gewisse Popularität gewonnen hat. Für die Massen unattraktiv sind die beiden Männer der Republikaner nicht, und man kann es darum verstehen, daß ihr Elektorat sich in recht engen Grenzen hält.

Noch weniger glückt in der Auswahl ihrer Persönlichkeiten und allerdings die Demokraten, deren seit

## Das große Schweigen zu Ehren der Toten am 3. August.

### Die Gedenkfeier hat mit Politik nichts zu tun.

Berlin, 9. Juli. Wie bereits mitgeteilt wurde, hat die Reichsregierung beschlossen, am Sonntag den 3. August 1924 aus Anlaß der 10-jährigen Wiederkehr des Kriegsbeginnes eine Gedenkfeier für die Opfer des Weltkrieges zu veranstalten.

#### Mit Politik hat die Feier nichts zu tun.

Die Reichsregierung hofft, daß die gesamte Bevölkerung, die in allen ihren Teilen durch Opfer im Weltkriege getroffen ist, ohne Rücksicht auf politische und wirtschaftliche Gegensätze Anteil an der Feier nehmen wird. Für Berlin ist der Verlauf der Gedenkfeier so gedacht, daß in den Vorkamfunden an sämtlichen öffentlichen und möglichst auch privaten Gebäuden Gekolmalt geflaggt, die Kriegergräber ausgeschmückt und alle Kriegerehrungen (Denkmäler, Gedenksteine usw.) betragt werden. Vormittags wird in den Kirchen Trauergottesdienst abgehalten. Zwischen 11 und 12 Uhr findet vor dem Reichstagsgebäude eine öffentliche Feier statt. Die Gedenkreden werden die beiden Redner halten. Der Herr Reichspräsident wird in kurzen Worten der Bedeutung des Tages gedenken. Einige Minuten vor 12 Uhr beinahen die Kirchenglocken zu läuten. Gleichschaltia wird ein Artilleriesalut abgegeben.

Punkt 12 Uhr setzt ein allgemeines den Trauernden und den Kriegsoffizieren gewidmetes Schweigen von zwei Minuten mit allgemeiner Bekehrtheit ein.

Sodann gehen die Flaggen in die Höhe. Die ursprünglichen Pläne, die Feier mit der Grundsteinlegung eines Nationaldenkmals für die Gefallenen zu verbinden, haben aufgegeben werden müssen, weil die Angelegenheit noch nicht genügend geklärt ist. Der Gedanke der Errichtung eines solchen in einfachen Formen zu haltenden Erinnerungsmales bleibt jedoch bestehen. Zur Beschaffung der auch hierzu erforderlichen Mittel soll an dem Gedenktage eine Volksammlung angeregt werden. Um einen würdigen Verlauf der Gedenkfeier zu gewährleisten, ist es unerlässlich, daß von den Teilnehmern an der Feier alles unerlässliche wird, was die Wegensätze im deutschen Volke zu betonen und zu verschärfen geeignet ist. Alle Vereine und Verbände, die gewillt und bereit sind, sich an der Feier zu beteiligen, müssen deshalb auf die Mitnahme ihrer Fahnen verzichten.

Ähnliche Feiern wie in Berlin sollen im übrigen Reich abgehalten werden. Verhandlungen mit den Länderregierungen sind ausgenommen. Um die in Betracht kommenden Verbände und Organisationen über das Programm der Gedenkfeier zu unterrichten und mit ihnen ihre Beteiligung daran zu erörtern, fand heute im Reichsministerium des Innern unter Vorsitz des Reichsministers Dr. Jarres mit den Spitzenverbänden eine Besprechung statt. Nach einer eingehenden Aussprache stimmten die Vertreter der Verbände den Grundgedanken der Reichsregierung über die Gedenkfeier zu und gaben die verbindende Erklärung ab, daß die an der Feier teilnehmenden Verbände sich an die von der Reichsregierung gegebenen Richtlinien halten würden. Sie erklärten sich auch bereit, für die Gedenkfeiern außerhalb Berlins ihren Organisationen im Reich eine entsprechende Mitteilung geben zu lassen. Nach diesem Ergebnis der Aussprache kann mit Sicherheit damit gerechnet werden, daß sich die Gedenkfeiern unter reger Teilnahme der Bevölkerung reibungslos und würdig vollziehen werden. (B. Z. B.)